



# iran-report

Nr. 07/2006

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Der Machtkampf verschärft sich / Frauen protestieren in Teheran / Erklärung des iranischen Schriftstellerverbandes / Ahmadinedschad fordert „unabhängige“ Untersuchung des Holocaust / Konferenz für Oktober geplant / Politiker fordern Religionsfreiheit für Bahai / Akbar Gandji bekommt Medienpreis

### II. Wirtschaft

Teheraner Börse liegt brach / Zunehmende Einflussnahme des Militärs auf Wirtschaft und Politik / Einige viel sagende Zahlen aus dem Haushaltsentwurf der Regierung / Öl als Waffe / 60 Tonnen Rauschgift verbrannt / Gasprom erwägt Joint Ventures mit iranischen Firmen / Benzin wird rationiert / Iran besitzt zweitgrößte Ölreserven der Welt

### III. Außenpolitik

Djannati: „Die Europäer können sich ihr Angebot an den Hut stecken“ / Chamenei lehnt Gespräche mit den USA ab / Außenminister Mottaki: Gute Chancen für Antwort Irans vor G-8-Gipfel / Bush droht Iran mit schärferen Sanktionen / Ahmadinedschad: Angebot im Atomstreit „Schritt nach vorn“ / Laridjani: Washington plant einen Regimewechsel in Iran / Schäuble will iranischen Innenminister nicht treffen, Teheran demen-tiert / Zentralrat der Juden fordert Sanktionen gegen Iran / Jüdischer Weltkongress befasst sich mit Iran / Eklat um Staatsanwalt Mortazawi / Türkei will im Atomkonflikt vermitteln / Ahmadinedschad plant Irak-Reise / Gefängnisstrafe für 46 Iraner im Irak



*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.*

*Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.*

*Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 08/2006 Anfang August) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juni 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

[www.boell.de](http://www.boell.de)



## I. Innenpolitik

### Der Machtkampf verschärft sich

Seit der Amtsübernahme Ahmadinedschads befindet sich Iran mehr als je zuvor in einem chaotischen Zustand. Die Regierung, die angetreten war, um soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, die Korruption zu bekämpfen und den Armen und Bedürftigen Wohlstand zu bringen, hat bislang keinerlei Konzepte vorzuweisen. Ihre dilettantischen und ideologisch orientierten Aktivitäten haben der Wirtschaft des Landes eher geschadet als geholfen. Auffallend ist, dass die Regierung, nun seit einem Jahr im Amt, sich weit mehr der Außenpolitik widmet als sich um die akuten Probleme des Landes zu kümmern. Aber auch hier scheinen sich die miteinander rivalisierenden Kräfte gegenseitig zu blockieren. War es bereits in den vergangenen Jahren schwer genug, festzustellen, wer im islamischen Gottesstaat für die Außenpolitik verantwortlich ist und wer letztendlich die Entscheidungen trifft, sind seit Ahmadinedschads Amtsübernahme die Befugnisse weit undurchsichtiger geworden. Ist es der Revolutionsführer, der die Fäden in der Hand hält, wie weit reichen die Kompetenzen des Staatspräsidenten, des Obersten Nationalen Sicherheitsrats? Hat das iranische Außenministerium innerhalb des Machtgeflechts überhaupt etwas zu sagen? Welche Rolle spielen der Schlichtungsrat, der Wächterrat und dergleichen Instanzen mehr? Eine klare und eindeutige Antwort auf diese Fragen können vermutlich nicht einmal jene Personen geben, die zu dem inneren Kreis der islamischen Staatsführung gehören, geschweige denn solche, die als politische Beobachter außerhalb dieses Kreises stehen.

Fest steht jedenfalls, dass die unterschiedlichen oder gar widersprüchlichen Stellungnahmen innerhalb der Staatsführung auf einen inneren Machtkampf zurück zu führen sind, der sich seit der Wahl Ahmadinedschads erheblich verschärft hat. Selbst im Lager der Konservativen herrscht längst keine Einigkeit. Die radikalen Positionen des Regierungschefs, seine konfrontative Politik gegen den Westen, seine Parole: Weg vom Westen, hin zum Osten gefährden offenbar die Interessen jener Mächte, die inzwischen einen Reichtum angehäuft haben, der eng mit der Wirtschaft des Westens verbunden ist. Selbstverständlich gibt es auch

ideologische Meinungsunterschiede und nicht zuletzt Rivalitäten um die Macht.

Statt dem Chaos ein Ende zu setzen, hat nun Revolutionsführer Chamenei, der zumindest der Verfassung nach eine fast uneingeschränkte Macht besitzt, durch eine neue Entscheidung Wirbel erzeugt und noch mehr Fragen aufgeworfen. Er hat ein neues Gremium gegründet, das sich mit der Außenpolitik des Landes befassen soll. Das Gremium trägt den viel sagenden und zugleich nichts sagenden Namen „Rat zur Wegweisung der außenpolitischen Beziehungen der Islamischen Republik Irans“. Welche Aufgaben der Rat erledigen, welche Kompetenzen er haben soll, ist bislang nicht klar. Der Auftrag der Gründung des Rats geht an den früheren Außenminister Kamal Charrazi. Die Order lautet: „Es ist notwendig, zur Unterstützung bei grundsätzlichen Entscheidungen und der Suche nach neuen Zielsetzungen der Außenpolitik der Islamischen Republik und zur Einbeziehung der Ansichten von Fachexperten einen Rat zur Wegweisung der außenpolitischen Beziehungen der Islamischen Republik Irans zu gründen.“ Chamenei bestimmte auch sogleich, wer neben Charrazi, der den Vorsitz des Rats übernehmen wird, als Ratsmitglied einbezogen werden soll. Es sind Ali Akbar Welayati, Außenminister unter Rafsandjani, Ali Schmchani, Verteidigungsminister unter Chatami, Mohammad Schariatmadar, Handelsminister unter Chatami und schließlich Mohammad Hossein Taromi, früherer Botschafter Irans in China und Saudi-Arabien. Der Rat soll auf Wunsch des Revolutionsführers sofort seine Arbeit aufnehmen und vorerst für die nächsten fünf Jahre planen.

Keiner dieser Männer wird die Außenpolitik Ahmadinedschads gutheißen. Was bezweckt der Revolutionsführer? Soll der Rat Ahmadinedschad bremsen, wird er einen neuen außenpolitischen Kurs einleiten? Diese Fragen, die die Journalisten an Ahmadinedschads Regierungssprecher Gholamhossein Elham stellten, blieben unbeantwortet. Elham wich aus, vermutlich um die Fragen erst mit seinem Chef zu klären.

### Frauen protestieren in Teheran

Bei einer Frauenkundgebung in Teheran sind siebzig Personen festgenommen worden. Dies gab Justizsprecher Karimi



Rad am 14. Juni der Presse bekannt. Unter den Festgenommenen befanden sich 42 Frauen und 28 Männer. Ihnen werde die Teilnahme an einer illegalen Demonstration vorgeworfen, sagte Karimi Rad.

Zu der Demonstration, die am 12. Juni stattfand, hatte eine Gruppe von Aktivistinnen der Frauenbewegung aufgerufen. „Wir Frauen hatten am 12. Juni vergangenen Jahres unseren Protest gegen alle Gesetze, die die Rechte der Frauen missachten, bekundet“, heißt es in dem Aufruf. „Doch wir haben auf unsere Forderungen keine Antwort erhalten. Deshalb werden wir uns in diesem Jahr wieder versammeln, um unseren konkreten Forderungen Nachdruck zu verleihen.“

In dem Aufruf, der von zahlreichen Organisationen unterstützt wurde, verlangen die Frauen unter anderem das Verbot der Polygamie, gleiches Scheidungsrecht und Sorgerecht für Männer und Frauen, autonome, von Ehemännern unabhängige Bürgerrechte und die Aufhebung aller Benachteiligungen der Frauen im Arbeitsrecht. Diese ungleichen Rechte und Gesetze seien nicht nur für Frauen diskriminierend und erniedrigend, auch ihre Wirkung auf die Familie und Gesellschaft sei zerstörerisch. „Wir fordern, dass die Eheschließung für Frauen erst ab dem 18. Lebensjahr erlaubt sein soll und weisen all jene, die sich um das Wohl der Familie so besorgt zeigen, darauf hin, dass laut offizieller Statistik 78 Prozent aller Ehen, die mit Frauen unter achtzehn Jahren geschlossen wurden, zur Scheidung geführt haben.“

Dem Aufruf waren rund tausend Frauen gefolgt. Auch zahlreiche Männer nahmen an der Demonstration teil. Doch bevor die Kundgebung beginnen konnte, wurden die Teilnehmerinnen von mehreren Hundertschaften der Polizei angegriffen und auseinander getrieben. Die Ordnungskräfte, zum größten Teil Polizistinnen, waren mit Knüppeln und Pfefferspray bewaffnet. Sie schlugen auf die Frauen ein, sprühten ihnen Spray ins Gesicht und in die Augen, rissen ihnen, ungeachtet der islamischen Kleidungs Vorschriften den Tschador vom Leib und zerrten sie an den Haaren. Es war das erste Mal, dass Polizistinnen gegen Demonstranten eingesetzt wurden. Augenzeugen berichten, dass gerade sie besonders brutal vorgehen.

„Es scheint, dass einige Gruppen die Absicht haben, die Menschenrechte im Iran in Misskredit zu bringen“, sagt Justizsprecher Karimi Rad. Auf die Frage eines ausländischen Journalisten nach der Gewaltanwendung durch die Polizei und den zahlreichen Festnahmen, sagte er, niemand habe das Recht, andere zu schlagen. Es könne aber sein, dass es bei der „Begleitung“ der Demonstranten zu den Polizeifahrzeugen zu „Reibereien“ gekommen sei. Im Übrigen sei die Kundgebung nicht angemeldet und daher illegal gewesen.

Am 13. Juni veröffentlichten eine Reihe namhafter Menschenrechtler/innen, darunter die Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi und der bekannte Journalist Akbar Gandji, eine Erklärung, in der sie betonen, dass laut Verfassung der Islamischen Republik friedliche Demonstrationen, sofern sie sich nicht gegen den Islam richten, erlaubt seien und niemand die Bürger daran hindern könne, ihre Forderungen öffentlich kundzutun. Die Forderungen der Frauen seien dieselben, die seit mehr als einem Jahrzehnt von der iranischen Zivilgesellschaft gestellt würden. Nicht die friedlich demonstrierenden Frauen hätten die Menschenrechte verletzt und die Sicherheit des Landes beeinträchtigt, sondern jene Kräfte, die brutal gegen Bürgerinnen und Bürger vorgegangen seien. „Gewalt anzuwenden statt das Versammlungsrecht der Bürger zu schützen ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte, gegen die nationale Sicherheit und gegen die Pflicht der Ordnungskräfte“, schreiben die Unterzeichner. „Für diese Verstöße ist das Innenministerium verantwortlich.“

Die Autoren forderten den Innenminister auf, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen und sich unverzüglich um die Rechte der Inhaftierten und Geschädigten zu kümmern.

#### **Erklärung des iranischen Schriftstellerverbands**

Der Verband iranischer Schriftsteller hat in einer an das iranische Volk gerichteten Erklärung, die am 15. Juni veröffentlicht wurde, gegen die verschärften Repressionsmaßnahmen protestiert. „Wir sind in den letzten Tagen Zeuge von Repressionsmaßnahmen und Attacken gegen individuelle und gesellschaftliche Freiheiten gewesen, die sich insbesondere gegen die Freiheit



des Denkens, der Meinungsäußerung und Versammlung richten." Friedliche Versammlungen und Vortragsveranstaltungen würden auf brutale Weise behindert. Es sei allgemein bekannt, dass täglich Arbeiter, Studenten, Autoren und Intellektuelle verhaftet und vor Gericht gestellt würden.

Der Verband sei über die jüngste Entwicklung „äußerst besorgt“, schreiben die Autoren. In der Provinz Azarbaidshan seien Ordnungskräfte gegen Demonstranten, die gegen die ethnische Unterdrückung protestiert hätten, brutal vorgegangen. Es habe zahlreiche Verhaftungen und einige Tote gegeben. Auch bei einem Überfall auf ein Studentenheim habe es zahlreiche Verletzte und Festnahmen gegeben. Schließlich sei in Teheran eine friedliche Kundgebung von Frauen, die um ihre Rechte kämpften, niedergeschlagen worden. Auch hierbei habe es Verletzte und Festnahmen gegeben.

Die Autoren fordern das Ende der Repressionen, die sofortige Freilassung der Inhaftierten und die Aufhebung der Zensur der Meinungsäußerung.

#### **Ahmadinedschad fordert „unabhängige“ Untersuchung des Holocaust / Konferenz für Oktober geplant**

Irans Staatspräsident Ahmadinedschad hat eine „unabhängige“ Untersuchung des Holocaust gefordert. „Eine von unabhängigen Parteien geführte Untersuchung ist erforderlich“, sagte Ahmadinedschad beim Gipfeltreffen der Shanghaier Kooperationsorganisation (SCO). Der iranische Staatschef hatte in den letzten Monaten wiederholt die Ermordung von Millionen Juden während des Zweiten Weltkriegs in Zweifel gezogen.

Es gebe „ernsthafte Zweifel“, ob die Judenvernichtung tatsächlich stattgefunden hat, sagte Ahmadinedschad im April auf einer Konferenz zur Unterstützung von Palästinensern in Teheran. Zuvor hatte er den Holocaust als „Mythos“ abgetan.

Indes kündigte Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi am 25. Juni bei einer Pressekonferenz in Teheran an, eine Konferenz zum Thema Holocaust sei für kommenden Oktober geplant. Die Holocaust-Konferenz war zunächst für das Frühjahr geplant worden, wurde jedoch vermutlich mit Rücksicht auf die Fußball-WM verschoben. Politische Beob-

achter vermuten, dass neben Islamwissenschaftlern auch deutsche Neonazis zur Konferenz eingeladen werden.

#### **Politiker fordern Religionsfreiheit für Bahai**

Anlässlich der Teilnahme Irans an der Fußball-WM haben mehrere deutsche Politiker und Autoren den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zur Achtung der Religionsfreiheit für Bahai aufgerufen. Wie die deutsche Bahai-Vertretung in Berlin mitteilte, heißt es in einem offenen Brief an den Präsidenten: „Die Teilnahme an diesem internationalen sportlichen Wettstreit ist kein selbstverständliches Recht. Sie geschieht im Rahmen gegenseitiger Achtung und der Anerkennung von Regeln. In Ihrem eigenen Land werden indessen die Rechte ganzer Bevölkerungsgruppen mit Füßen getreten.“

Die iranischen Behörden verwehrten den Angehörigen der Bahai-Religion, die mit über 300000 Gläubigen die größte religiöse Minderheit in Iran darstelle, systematisch das Recht auf Religionsausübung. Erst im vergangenen Monat seien in der iranischen Stadt Schiras 45 überwiegend jugendliche Bahai festgenommen worden.

Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören unter anderem der frühere Bremer Bürgermeister Henning Scherf (SPD), der frühere Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP), die Grünen-Politikerin Marieluise Beck, der Wissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker und der Schriftsteller Günter Wallraff.

#### **Akbar Gandji bekommt Medienpreis**

Der im März aus der Haft entlassene iranische Journalist Akbar Gandji ist vom Weltzeitungsverband für seine investigative Arbeit ausgezeichnet worden. Gandji erhielt auf dem Jahreskongress des Verbands in Moskau am 5. Juni den Golden Pen of Freedom. Der Journalist verbüßte eine sechsjährige Gefängnisstrafe, nachdem er über die Ermordung von fünf Dissidenten durch Geheimdienstagenten berichtet hatte. Er widmete den Preis „allen iranischen Dissidenten und Freiheitskämpfern“.

Der russische Präsident Wladimir Putin wies auf dem Zeitungskongress Vorwürfe zurück, in seinem Land herrsche keine



Pressefreiheit. Nur aufgrund einer freien Presse seien die politischen Umwälzungen der 90er Jahre möglich gewesen, sagte Putin vor mehr als 1.700 Delegierten aus 110 Ländern. Er reagierte damit auf Äußerungen des Vorsitzenden des Weltzeitungsverbands, Gavin O'Reilly. Dieser hatte an Putin appelliert, dem Land zu einer starken unabhängigen Presse zu verhelfen. O'Reilly kritisierte, der russische Staat verlange von Journalisten Selbstzensur. Außerdem beklagte er eine zunehmende staatliche Kontrolle der Medien.

Nach seiner Teilnahme am Jahreskongress des Weltzeitungsverbands reiste Gandji nach Italien, um dort die Ehrenbürgerschaft der Stadt Florenz anzunehmen. Anfang Juli wird Gandji in Deutschland erwartet.

## II. Wirtschaft

### Teheraner Börse liegt brach

Die Teheraner Börse, die im Zuge der Präsidentschaftswahlen im Juli vergangenen Jahres ihren niedrigsten Stand erreichte, liegt auch nach einem Jahr der Regierung Ahmadinedschad brach. Zwar befand sich die Börse bereits Monate vor dem Wahlsieg Ahmadinedschads aufgrund der unsicheren politischen Situation in der Krise. Doch just an dem Tag, an dem Ahmadinedschads Sieg über Rafsandjani bekannt gegeben wurde, sank der Aktienindex um 126 Punkte. Dieser Trend setzte sich in den darauffolgenden zwei Wochen fort und erreichte einen Punktverlust von 466 Einheiten.

Zunehmende Differenzen zwischen dem Direktor der Börse, Hossein Abdoh Tabrizi, und dem neu gewählten Regierungschef führten - wie bei sieben anderen Direktoren staatlicher Banken - zu seiner Entlassung. Der 26jährige Ali Salehabadi, der zu den Jüngern Ahmadinedschads gehörte und von der Börse keine Ahnung hatte, sollte die Krise überwinden helfen. Wie erwartet, erreichte er das Gegenteil. Der Index sank innerhalb von wenigen Monaten um 4000 Punkte und landete bei 9800 Punkten. Selbstverständlich trugen auch der Atomkonflikt und die konfrontative Haltung der Regierung zum Westen zu diesem Zustand bei.

Nach einem Jahr Regierung Ahmadinedschad zeigt die Teheraner Börse einen Verlust von 2915 Punkten oder 23 Prozent. Damit hat der iranische Kapitalmarkt einen Verlust von 8 Milliarden Dollar zu verzeichnen. Die Aktieninhaber hatten im Durchschnitt einen Verlust von 14 Prozent hinzunehmen.

### Zunehmende Einflussnahme des Militärs auf Wirtschaft und Politik

Ein neuer Vertrag zwischen dem Ölministerium und der Organisation der Revolutionswächter ist weit mehr als eine unzulässige wirtschaftliche Vorteilnahme der Militärs. Er erhöht auch den Einfluss der Militärs und Geheimdienste, denen Ahmadinedschad seine Wahl zum Staatspräsidenten verdankt.

Nach Angaben des Ölministers Kazem Waziri Hamaneh und des Oberkommandierenden der Revolutionswächter Jahja Rahim Safawi ist die Konzession für den Bau



einer Gaspipeline von Oslawieh nach Iranschahr in der Provinz Sistan-Balutschistan im Werte von 1,3 Milliarden US-Dollar an die Organisation der Revolutionswächter vergeben worden. Eine öffentliche Ausschreibung hat nicht stattgefunden.

Es ist zwar nicht das erste Mal, dass die Revolutionswächter ins Gas- und Ölgeschäft gehen. Doch in Anbetracht der Ereignisse der letzten Jahre, insbesondere nach den Vorgängen, die zum Wahlsieg Ahmadinedschads führten, weisen sowohl das hohe Volumen als auch die Art der Vertragsvergabe darauf hin, dass das Militär, wie befürchtet, allmählich zu einem Staat im Staat wird.

Bereits in den vergangenen Jahren hatte die Organisation der Revolutionswächter größere Projekte wie den Bau von Staudämmen und Autobahnen übernommen. Ihre Versuche während der Ära Chatami, weitere Projekte wie den Bau des Teheraner Großflughafens oder den Bau von Eisenbahnstrecken zu übernehmen, hatten zu großen politischen Auseinandersetzungen geführt. Die ging soweit, dass die Revolutionswächter unter dem Vorwand, die Vergabe von Konzessionen für den Flughafen an ausländische Unternehmen würde die Sicherheit des Landes gefährden, die Eröffnung des Flughafens mit militärischem Einsatz verhinderten. Jagdflugzeuge zwangen die ersten Passagierflugzeuge, die bereits zur Landung angesetzt hatten, zu Rückkehr. Es gelang ihnen auch, den damaligen Verkehrsminister, Ahmad Chorram, der sich ihrem Willen nicht beugen wollte, zum Rücktritt zu zwingen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Übernahme des 1,3 Milliarden Pipeline-Projekts nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch eine große Bedeutung. Die Übernahme sämtlicher Schlüsselpositionen und leitender Stellen im Staatsapparat durch Militärs und Geheimdienstler ermöglicht ihnen, weit mehr als bisher, ihren Einfluss auch in der Wirtschaft zu verstärken.

Gegen diese Entwicklung, insbesondere gegen den Zugriff der Militärs auf die Ölindustrie, gab es nicht nur bei den Reformern, sondern auch in breiten Kreisen der Konservativen erheblichen Widerstand. Dies wurde unter anderem daraus ersichtlich, dass die Mehrheit im Parlament dreimal den Vorschlag des

Regierungschefs Ahmadinedschad für das Amt des Ölministers ablehnte und erst den vierten Kandidaten akzeptierte. Doch trotz dieses Widerstands scheint es, dass es den Militärs gelungen ist, ihren Einfluss zu steigern, was weit reichende Folgen haben wird. Bereits Ayatollah Chomeini hatte immer wieder vor der Einflussnahme der Militärs auf Wirtschaft und Politik gewarnt. Doch insbesondere die Revolutionswächter betrachten sich nach eigenen Angaben als eine Macht, die dazu berufen sei, die Grundsätze und Ideale der Revolution zu schützen und nehmen diesen Anspruch zum Vorwand für ihr Tun.

#### **Einige viel sagende Zahlen aus dem Haushaltsentwurf der Regierung**

In dem Haushaltsentwurf, den die Regierung Ahmadinedschad dem Parlament vorgelegt hatte, wurde für folgende Posten eine Aufstockung vorgesehen:

Für Rundfunk und Fernsehen eine Aufstockung um 45,6 Prozent, für die Organisation zur Verbreitung des Islam um 95,4 Prozent, für Dienstleistungen an die Theologische Hochschule in der heiligen Stadt Ghom um 147,1 Prozent, für den Obersten Rat der Kulturrevolution um 41,9 Prozent, für die Werbeabteilung der Theologischen Hochschule in Ghom um 110,7 Prozent, für den Koordinationsrat zur Verbreitung des Islam 96,5 Prozent, für das Sekretariat der Expertenversammlung um 44 Prozent, für die Organisation der Revolutionswächter um 142,2 Prozent, für Erziehung und Ausbildung 32,4 Prozent, für das Sozialministerium um 3,8 Prozent.

#### **Öl als Waffe**

Iran will im Falle einer Eskalation des Atomstreits Öl als Waffe einsetzen. „Wenn die Interessen des Landes angegriffen werden, werden wir alle unsere Möglichkeiten nutzen, und das Öl ist eine von diesen Möglichkeiten“, sagte Irans Ölminister Kazem Wasiri-Hamaneh laut einem Bericht des staatlichen Fernsehens am 25. Juni. Sollte die internationale Gemeinschaft Sanktionen gegen die iranische Ölindustrie verhängen, werde der Ölpreis „um mindestens hundert Dollar pro Barrel steigen“, warnte der Minister. Er bezeichnete Sanktionen als „unvernünftig und unmöglich“, da „die Ölquote des Iran und seine starke Präsenz auf dem



Weltmarkt nicht leicht zu ersetzen" seien.

Die Welt brauche Energie und verstehe, welche Auswirkungen Sanktionen auf den iranischen Ölsektor hätten, fügte der Minister hinzu. „Niemand würde eine so unvernünftige Entscheidung treffen.“ Iran ist weltweit der viertgrößte Ölproduzent und der zweitgrößte innerhalb der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC).

#### **60 Tonnen Rauschgift verbrannt**

Die öffentliche Verbrennung von Rauschgift ist zu einem jährlichen Ritual geworden. In diesem Jahr waren es nach Angaben der Polizei 60 Tonnen gewesen, die dem Feuer übergeben wurden. Die Zeremonie soll vom Verkauf und Gebrauch der Drogen abschrecken. Das Rauschgift, vor allem Opium und Morphine, wurde vor dem Polizei- und Justizgebäude, aber auch vor ausländischen Vertretungen und dem Büro der Vereinten Nationen in Teheran verbrannt.

Innerhalb von zwölf Monaten sind in Iran nach Angaben der Polizei 297 Tonnen Drogen sichergestellt und mehr als 370 Verdächtige verhaftet worden. Der Gebrauch von Drogen koste im Durchschnitt pro Tag 14 Menschen das Leben, sagte Polizeichef General Esmail Ahmadi-Moqaddam. Die Polizei sei deshalb entschlossen, nicht nur den Schmuggel, sondern auch die Produktion und den Gebrauch der Rauschmittel entschieden zu bekämpfen.

Iran liegt auf der Route des Drogenschmuggels aus dem „Goldenen Halbmond“, aus Afghanistan bzw. Pakistan über die Türkei nach Europa.

Nach offiziellen Angaben wurden in den vergangenen Jahren etwa 3500 Polizisten im Kampf gegen den Drogenschmuggel getötet und weitere 10 000 verletzt. Iran gibt pro Jahr 800 Millionen Dollar für den Kampf gegen Drogen aus. Die durchschnittlich pro Jahr konfiszierte Menge von 200 Tonnen Rauschgift repräsentiere einen Schwarzmarktwert von etwa 200 Milliarden Euro, sagte der Polizeichef. Unter den rund 70 Millionen Iranern benutzen seinen Angaben zufolge trotz strikter Strafanordnungen zwei Millionen Rauschgift. 1,2 Millionen gelten als drogenabhängig. Nach den Gesetzen droht jedem, der mit mehr als fünf Kilogramm Opium

oder 30 Gramm Heroin erwischt wird, die Todesstrafe.

#### **Gasprom erwägt Joint Ventures mit iranischen Firmen**

Der russische Konzern Gasprom erwägt eine Zusammenarbeit mit den staatlichen Energieunternehmen bei der Erschließung und Förderung von Erdöl- und Erdgasvorkommen. Gasprom gab am 26. Juni bekannt, dass Joint Ventures mit Iran geprüft würden, die auch Transport und Verkauf von Erdgas umfassen sollten. Gasprom-Chef Alexej Miller und der stellvertretende iranische Erdöl-Minister Nedjat Hosseini trafen sich am 26. Juni in Moskau, um über eine solche Zusammenarbeit zu beraten.

Russland unterhält enge Wirtschaftsbeziehungen zu Iran. Das Land baut den ersten Atomreaktor in der südiranischen Stadt Bushihr. Der Reaktor, dessen Fertigstellung immer wieder verzögert wird, soll nach Angaben des Leiters der russischen Atombehörde, Sergej Kirijenko, 2007 in Betrieb genommen werden. Weitere zehn Reaktoren soll Russland in den nächsten Jahren für Iran bauen. Russland ist auch der größte Waffenlieferant Irans.

#### **Benzin wird rationiert**

Iran, der zweitgrößte Rohölexporteur der Organisation Erdöl produzierender Länder (OPEC), will nach Angaben der Regierung in Teheran ab September den Import von Kraftstoffen beenden und Benzin und Diesel rationieren. Ölminister Kazem Wasiri-Hamaneh sagte am 23. Juni im staatlichen Fernsehen, in der zweiten Jahreshälfte seien im nationalen Haushalt keine Gelder mehr für Kraftstoffimporte eingeplant. Deswegen würden die Importe am 23. September gestoppt. Dies werde zwangsläufig Rationierungen zur Folge haben.

Dass Iran, einer der größten Ölproduzenten der Welt, Kraftstoffe importieren muss, liegt darin, dass die Kapazität der iranischen Raffinerien nicht ausreicht, um den Eigenbedarf an Benzin und Diesel zu decken. Die Kapazität der Rohölverarbeitung liegt bei etwa 40 Millionen Liter pro Tag, der Verbrauch hingegen bei 70 Millionen Liter. Da bislang der Import von Kraftstoffen durch den Staat mit rund 4 Milliarden Dollar subventioniert



wurde, konnte der Benzinpreis extrem niedrig gehalten werden. Er liegt zurzeit bei 5 Cent pro Liter. Weil aber immer mehr Menschen in Iran ein Auto besitzen und der Ölschmuggel in die Nachbarländer boomt, ist die Nachfrage kaum noch zu befriedigen. Der Stopp des Benzinimports und die Rationierung des Benzins und Diesels werden, wie politische Beobachter vermuten, nicht ohne gesellschaftliche und ökonomische Folgen bleiben.

#### **Iran besitzt zweitgrößte Ölreserven der Welt**

Im neuesten Jahresbericht der britischen Ölgesellschaft BP werden die iranischen Rohölreserven auf 137,5 Milliarden Barrel geschätzt. Demnach besitzt Iran die zweitgrößten Ölreserven der Welt. In dem BP-Jahresbericht 2006 wird ebenfalls festgestellt, dass Iran, gemessen an der Menge seiner Ölproduktion, noch 93 Jahre lang über Ölreserven verfügen werde, es sei denn, es würden neue Ölquellen entdeckt.

Dem Bericht zufolge besitzt Saudi-Arabien mit 264,2 Milliarden Barrel Öl 22 Prozent der gesamten Ölreserven der Welt und steht damit in der Rangliste der erdölproduzierenden Länder an erster Stelle. Dennoch werden die Ölquellen des Landes in 65,6 Jahren erschöpft sein.

1985 beliefen sich die Ölreserven Irans auf 59 Milliarden Barrel, 1995 auf 93,7 Barrel. Nach Einschätzung der britischen Ölgesellschaft haben sich die iranischen Ölreserven im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 Milliarden Barrel von 132,7 Milliarden Barrel auf 137,5 Barrel erhöht. Damit verfügt Iran über 11,5 Prozent der gesamten Ölreserven der Welt.

Nach Saudi-Arabien und Iran folgen Irak und Kuwait mit jeweils 115 Milliarden Barrel.

Dem Bericht zufolge lagern 61,9 Prozent der Ölreserven der Welt im Nahen Osten, 11,7 Prozent in Europa und Eurasien, 9,5 Prozent in Afrika, 8,6 Prozent in Latein- und Mittelamerika, 5 Prozent in Nordamerika und 3,4 Prozent in Mittelasien. Von den insgesamt 200,7 Milliarden Barrel Ölreserven befinden sich 75,2 Prozent in den OPEC-Ländern.

Die USA verfügen lediglich über 29,3 Millionen Barrel Reserven oder 2,4 Prozent der gesamten Ölreserven in der Welt. Dem BP-Jahresbericht zufolge werden die USA in spätestens 12 Jahren ihre Ölreserven verbraucht haben. Die Ölreserven Kanadas werden in 14,8 Jahren, Großbritanniens in 6,1 Jahren, Iraks und Kuwaits in mehr als hundert Jahren und die der Vereinigten Emirate in 97,4 Jahren erschöpft sein.

**III. Außenpolitik****Djannati: „Die Europäer können sich ihr Angebot an den Hut stecken“**

Der Vorsitzende des Wächterrats, Ayatollah Ahmad Djannati, sagte am 10. Juni beim Freitagsgebet in Teheran: „Das Paket, das die Europäer uns gebracht haben, können sie sich selbst an den Hut stecken. Für die Menschen im Iran ist das Angebot nutzlos. Die Europäer sollten wissen, dass unser Volk, der Revolutionsführer und alle anderen, die in diesem Land eine Rolle spielen, nicht einmal um einen kleinen Schritt von ihrer Position zurückweichen werden.“ Der ultrakonservative Geistliche betonte, Iran werde auf jeden Fall auf die Urananreicherung bis zu einem Grad von 3,5 bis 5 Prozent bestehen und die anderen würden es akzeptieren müssen.

**Chamenei lehnt Gespräche mit den USA ab**

Revolutionsführer Ali Chamenei hat im Atomkonflikt direkte Gespräche mit den USA abgelehnt. Die von der US-Regierung angebotenen Verhandlungen nutzten der Islamischen Republik nichts und seien daher nicht im iranischen Interesse, sagte er am 27. Juni einem Bericht des iranischen Fernsehens zufolge. Die USA erklärten, sie gingen nicht davon aus, dass dies das letzte Wort Irans zu dem Angebot sei. Die Äußerungen Chameneis seien nicht eindeutig, sagte US-Präsidentensprecher Tony Snow.

Chamenei äußerte sich zugleich aber positiv über Verhandlungen zur Lösung des Atomstreits. Die Basis dafür sei gelegt, sagte er. „Mit Amerika zu verhandeln bringt keine Vorteile für uns und wir brauchen solche Verhandlungen nicht. Wir werden mit niemandem über unser Recht verhandeln, die Atomtechnologie zu beherrschen und zu nutzen. Wenn dieses Recht anerkannt wird, sind wir bereit über internationale Kontrollen, Aufsicht und Garantien zu reden, und die Basis für solche Verhandlungen ist gelegt.“

**Außenminister Mottaki: Gute Chancen für Antwort Irans vor G-8-Gipfel**

Irans Außenminister Manuchehr Mottaki sagte dem Hamburger Magazin „Stern“, er sehe gute Chancen, dass sein Land

noch vor dem G-8-Gipfel Mitte Juli in St. Petersburg auf die Vorschläge der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschlands reagieren wird. „Wenn alle den guten Willen behalten, können bald Gespräche beginnen“ sagte Mottaki.

Der Minister äußerte jedoch seine Zweifel am guten Willen der USA. „Dass sie schon vor Beginn Bedingungen stellen, lässt uns an der Aufrichtigkeit ihres Angebots zweifeln“, sagte er dem „Stern“. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: Zusammenarbeit oder Konfrontation. „Wir bevorzugen das zuerst genannte. Aber wir müssen uns für alle Eventualitäten wappnen.“

Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana hatte Iran das Angebotspaket am 6. Juni in Teheran vorgelegt. Mottaki hatte bislang abgelehnt, sich auf ein Datum für die Antwort festzulegen. Irans Präsident Ahmadinedschad hatte eine Antwort bis zum 22. Juli angekündigt. Allen voran die USA drängen auf eine Antwort bis zum Gipfeltreffen der G-8-Staaten vom 15. bis 17. Juli in St. Petersburg. Laut iranischer Presse wird sich Solana Anfang Juli noch einmal nach Teheran begeben, um das Angebot der Veto-Mächte plus Deutschland zu erläutern.

**Bush droht Iran mit schärferen Sanktionen**

US-Präsident George W. Bush hat Iran mit schärferen politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gedroht, sollte das Land seine umstrittenen Nuklearaktivitäten nicht einstellen. „Wenn die iranische Führung unser Angebot ablehnt, wird der Fall vor den Sicherheitsrat gebracht, Iran international noch stärker isoliert, und es wird schrittweise schärfere politische und wirtschaftliche Sanktionen geben“, sagte Bush am 19. Juni in King's Point im US-Bundesstaat New York.

„Wenn die iranische Führung Frieden, Wohlstand und eine bessere Zukunft für ihr Volk möchte, sollte sie unser Angebot annehmen, sämtliche Ambitionen zur Herstellung von Atomwaffen aufgeben und ihre internationalen Verpflichtungen einhalten, sagte Bush an der Handelsakademie King's Point. Die USA und ihre Partner seien „vereint“, fügte er hinzu. Das Angebot der fünf UN-Vetomächte und Deutschlands sei „vernünftig“ und eine „historische Ge-



legenheit" für die iranische Regierung, „ihr Land auf einen besseren Kurs zu bringen“.

Bush zeigte Verständnis für den „legitimen Wunsch“ der Iraner, die Atomenergie zivil zu nutzen, solange dies „mit echten internationalen Schutzmechanismen einhergeht“.

#### **Ahmadinedschad: Angebot im Atomstreit „Schritt nach vorn“**

Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad hat zum ersten Mal offiziell zu dem Lösungsvorschlag der fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat und Deutschlands Stellung genommen. „Wir bewerten das Angebot als einen Schritt nach vorne, und ich habe meine Kollegen angewiesen, es genau zu prüfen“, sagte er am 16. Juni in Shanghai nach einem Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao. Teheran werde „zu gegebener Zeit“ eine Antwort vorlegen. „Wir haben nicht vor, atomare Waffen zu entwickeln“, betonte Ahmadinedschad. Sein Land habe stets Verhandlungen bevorzugt und versucht Spannungen zu vermeiden. Auf die Frage, ob bei seinem Treffen mit Hu und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auch über mögliche Sanktionen gegen sein Land gesprochen worden sei, sagte Ahmadinedschad, das Wort Sanktionen sollte aus der politischen Sprache gestrichen werden. „Druck auf andere Staaten akzeptieren wir nicht. Deswegen sprechen wir niemals darüber“. Über den Inhalt seiner Gespräche mit Hu und Putin wollte er keine Auskunft geben. Zu diesen Ländern pflege Iran seit langem gute Beziehungen und da sei es nur natürlich, dass „alle Aspekte“ angesprochen würden, unter anderem auch der Streit um das iranische Atomprogramm.

Die Stellungnahme Ahmadinedschads, der sich zur Teilnahme an einem Gipfeltreffen der Shanghaier Kooperationsorganisation (SCO) in Shanghai aufhielt, wurde im Westen mit Wohlwollen registriert. Dennoch bestehen erhebliche Zweifel darüber, ob Iran tatsächlich auf das Angebot eingehen und vor allem die darin enthaltene Forderung, auf die Urananreicherung im eigenen Land zu verzichten, akzeptieren wird. Pesimisten vertreten die Ansicht, dass die positiven Signale aus Teheran eher der bekannten Verzögerungstaktik Irans zuzurechnen sind und dazu dienen, Zeit zu gewinnen, um die Differenzen zwi-

schen China und Russland einerseits und den USA und der EU andererseits zu vertiefen und für sich auszunutzen.

Diese Skepsis teilt offenbar auch die US-Regierung. Stephen Hadley, nationaler Sicherheitsberater von US-Präsident George W. Bush, sagte vor der Presse in Washington: „Das Augenmerk liegt zum jetzigen Zeitpunkt natürlich darauf, zu versuchen, der iranischen Regierung einen positiven Weg aufzuzeigen.“ Es sei jedoch „klar“, dass es auch einen „anderen Weg“ gebe, der für die Führung in Teheran „Konsequenzen“ haben werde.

Grund für die Skepsis lieferten auch die Äußerungen des iranischen Revolutionsführers Ali Chamenei. Das geistliche Oberhaupt des Gottesstaates, der die Richtlinien der Politik festlegt, sagte, Iran werde sich keinem Druck des Westens beugen. „Der wertvolle und ehrenhafte Beitrag der iranischen Jugend in der Nukleartechnologie ist ein historischer Schritt. Diese wissenschaftlichen Schritte sollten mit aller Kraft und in verschiedene Richtungen fortgesetzt werden.“ (Anmerkung d.A.: Gemeint sind die jungen Wissenschaftler, die die Atomtechnologie weiterentwickelt und erfolgreich die Urananreicherung erreicht haben.)

Indes drängte die EU Teheran zu einer raschen Entscheidung über das Angebot der fünf Veto-Mächte plus Deutschland. „Der Europäische Rat fordert Iran nachdrücklich auf, bald eine positive Antwort auf diese weit reichende Initiative zu erteilen und die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zu schaffen“, hieß es im Abschlussdokument des EU-Gipfels, der am 16. Juni zu Ende ging. Die Staats- und Regierungschefs der EU bekräftigten ihren Willen zu einer diplomatischen Lösung, die einerseits den Bedenken der internationalen Staatengemeinschaft gegen das iranische Atomprogramm Rechnung tragen und andererseits das Recht Irans auf die friedliche Nutzung der Atomenergie respektieren soll.

An der positiven Äußerung Ahmadinedschads ist tatsächlich Skepsis angebracht. Es darf bezweifelt werden, dass er, der seine Macht aus radikalen Stellungnahmen und künstlicher Krisenerzeugung bezieht, nun auf einmal dazu bereit sein sollte, klein beizugeben und die Forderung nach vollständiger Einstellung der Urananreicherung im



eigenen Land zu akzeptieren. Hat er doch seit seiner Amtsübernahme das Recht Irans auf Herstellung des atomaren Brennstoffs zu einer Frage der nationalen Ehre hochstilisiert und den Konflikt auf die Spitze getrieben. Wie würde er vor den Massen, deren Emotionen er aufgepeitscht hat, dastehen, wenn er plötzlich einlenken würde? Zumal das Recht, das der Iran beansprucht, tatsächlich zu den verbrieften Rechten der Mitglieder des Atomsperrvertrags gehört.

Es ist eher anzunehmen, dass die Signale, die Ahmadinedschad aus Shanghai sendete, den Zielen dienen sollen, die er und seine radikalislamistischen Kampfgefährten verfolgen. Zunächst geht es um die Position Russlands und Chinas im iranischen Atomkonflikt. Teheran ist bestrebt, die Differenzen zwischen diesen beiden Mächten und den USA bzw. der EU zu vertiefen, um dadurch mögliche wirtschaftliche oder gar militärische Sanktionen gegen den Iran verhindern zu können. Dazu braucht er Zeit. Die positiven Signale sollen die Hast, mit der die USA und die EU auf eine Entscheidung drängen, eindämmen.

Doch die Ziele, die der iranische Regierungschef bei seiner Teilnahme am Gipfeltreffen der Shanghaier Kooperationsorganisation (SCO) anstrebt, gehen weit darüber hinaus. Seine Absicht ist, dem Regional-Bündnis, dem neben Russland und China die zentralasiatischen Staaten Kirgisien, Tadschikistan, Kasachstan und Usbekistan angehören, beizutreten. Iran war neben Indien, Afghanistan, Pakistan und der Mongolei als Beobachter zu dem Gipfel eingeladen worden.

Die Teilnahme an einem solchen Bündnis, das der steigenden Einflussnahme der USA im Nahen und Mittleren Osten Einhalt gebieten soll, wäre ein wichtiger Schritt zur Realisierung der erklärten Strategie Teherans, weg vom Westen, hin zum Osten. Sollte tatsächlich, wie von Ahmadinedschad auf dem Gipfel gefordert, hier ein neuer, mächtiger Block entstehen, könnte Iran als Brückenland zwischen dem Nahen und Mittleren Osten eine enorm wichtige Rolle spielen.

In seiner Rede auf dem Gipfel, die im chinesischen Fernsehen direkt übertragen wurde, sagte Ahmadinedschad, sein Land sei bereit, die Kooperation mit SCO-Ländern im Interesse des interna-

tionalen Friedens und der Sicherheit weiter auszubauen. Er bot an, ein Treffen der Energieminister der SCO-Länder in Iran abzuhalten. Ohne die USA beim Namen zu nennen, warnte der iranische Regierungschef vor „beherrschenden Mächten“. Er rief die sechs Mitglieder der SCO auf, sie sollten die „Drohungen der beherrschenden Mächte“ als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zurückweisen. Er fügte auch hinzu, die Shanghai-Gruppe könne eine „starke und einflussreiche“ Gruppe werden.

Unmittelbar nach der Rede Ahmadinedschads hat US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die SCO wegen ihrer Verbindung zu Iran kritisiert. Es sei merkwürdig, dass eine Organisation, die den Terrorismus ablehnt, „den führenden Terrorstaat, Iran, aufnehmen will“, sagte Rumsfeld am 17. Juni auf einer Konferenz in Singapur.

#### **Laridjani: Washington plant einen Regimewechsel in Iran**

Irans Chefunterhändler bei den Atomverhandlungen, Ali Laridjani, ist Medienberichten zufolge der Ansicht, dass die USA auf jeden Fall das Teheraner Regime stürzen wollen. „Der Atomstreit ist nur ein Vorwand“, zitiert die britische Tageszeitung „Guardian“ Laridjani am 23. Juni. „Wenn es nicht dieser Konflikt wäre, würden die USA einen anderen Grund finden.“ Laridjani warf den USA vor, ihre Interessen im Nahen Osten mit Gewalt durchzusetzen. So mache beispielsweise die US-Politik im Irak eine Einigung im Atomstreit schwieriger. „Sie wollen die ganze Region in Brand stecken“, sagte Laridjani und warnte vor wirtschaftlichen Konsequenzen wie einer drastischen Erhöhung des Ölpreises.

Das Angebotspaket der fünf Vetomächte plus Deutschland bezeichnete Laridjani dem „Guardian“ zufolge als „Predigt“ und wies die Forderung der Verhandlungspartner, Iran solle sein Atomprogramm vollständig aussetzen, zurück. Der Vorschlag sei von Anfang bis Ende zweideutig. Sein Land werde detaillierte Gegenvorschläge bringen, sagte Laridjani.

**Schäuble lehnt Treffen mit iranischem Innenminister ab, Teheran dementiert**

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat ein Treffen mit dem iranischen Innenminister Mostafa Pourmohammadi abgelehnt, weil Iran nicht seinem Gesuch nachgekommen ist, den deutschen Hochseeangler Donald Klein, der sich in Teheran in Haft befindet, vorzeitig zu entlassen. Klein und ein französischer Freund waren Ende November beim Hochseeangeln in der Meeresenge von Hormus in iranische Hoheitsgewässer geraten und festgenommen worden. Beide wurden zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Einen Tag vor Schäubles Erklärung hatte Irans Justizsprecher Djamal Karimi Rad bekannt gegeben, dass die Justiz eine vorzeitige Entlassung Kleins abgelehnt habe.

Der Mitteilung des Bundesinnenministeriums zufolge hatte die iranische Botschaft zu Beginn der Fußball-Weltmeisterschaften anfragen lassen, ob Schäuble zu einem Gespräch mit Pourmohammadi bereit sei, der ein WM-Spiel der iranischen Nationalmannschaft in Deutschland besuchen wolle. Für ein Gespräch hätten „bei allen Bedenken“ zwei Aspekte gesprochen: Schäuble hätte noch einmal für eine vorzeitige Entlassung Kleins intervenieren können, und er hätte dem iranischen Regierungsmitglied erneut verdeutlichen können, dass die Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten zum Holocaust und zum Existenzrecht Israels für Deutschland unerträglich und absolut inakzeptabel seien.

Mit der Festlegung des iranischen Justizministers sei eine wesentliche Geschäftsgrundlage für ein Gespräch während der WM entfallen, teilte das Ministerium mit. Das sei dem iranischen Botschafter übermittelt worden.

Nach einem Bericht des Magazins „Focus“ handelt es sich bei Pourmohammadi um einen früheren Staatsanwalt, der 1980 im Auftrag von Ayatollah Chomeini in der Unruheprovinz Bandar Abbas Tausende Menschen zum Tode verurteilt hat. In einem Fall habe er 64 Menschen, darunter viele 16-jährige Schüler, erschießen und ihre Gräber von Bulldozern platt walzen lassen. Ab 1990 sei er Leiter der Auslandsspionage und Stellvertreter von Geheimdienstminister Ali Fallahian gewesen. Nach einem Urteilsspruch des Berliner Kammergerichts war Fallahian Drahtzie-

her des Mordanschlags, dem 1992 im Berliner Restaurant „Mykonos“ vier iranische Oppositionelle zum Opfer gefallen waren.

Indes hat Innenminister Pourmohammadi die Mitteilung Schäubles dementiert. Er habe von Schäuble eine schriftliche Einladung nach Deutschland erhalten, sagte der Minister vor der Presse in Teheran. Er warte nur auf einen „günstigen Zeitpunkt“, um die Reise antreten zu können.

**Zentralrat der Juden fordert Sanktionen gegen Iran**

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat von der Bundesregierung verlangt, Wirtschaftssanktionen gegen Iran zu verhängen. Die Regierung müsse ihrer Kritik endlich Taten folgen lassen, sagte Zentralrats-Generalsekretär Stephan Kramer der „Netzeitung“. „Sie muss Iran klar machen, dass Wirtschaftsbeziehungen nur stattfinden können, wenn politisch etwas geschieht in diesem Land, wenn sich etwas verändert.“ Kramer warf der Bundesregierung vor, sich politisch zu wenig mit dem islamischen Staat auseinander zu setzen.

Kramer sagte laut „Netzeitung“, Deutschland sei nicht nur der „größte Gläubiger“ des Iran, es würden auch Hermes-Bürgschaften für die deutsche Industrie zur Verfügung gestellt. „Wir haben ein Investitionsvolumen von über 3,6 Milliarden Euro pro Jahr.“ Dieses Potential müsse die Bundesregierung nutzen, um den Iran unter Druck zu setzen. Konkret mahnte Kramer konsequentere Gespräche über das iranische Atomprogramm an. Auch gegen Menschenrechtsverletzungen werde nichts unternommen.

Der Generalsekretär forderte auch ein Einreiseverbot für den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad. Das Argument, es sei rechtlich nicht möglich, halte er für „außerordentlich kurzbeinig“. „Die Bundesregierung soll sich nicht hinter scheinheiligen Argumenten verstecken.“ Ansonsten entstehe der Eindruck, dass außen- und wirtschaftspolitische Interessen höher bewertet würden.

Auch der israelische Politiker und Ex-Minister Nathan Sharansky hat eine härtere Gangart im Umgang mit dem iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad



gefordert. Er sagte der Bild-Zeitung: „Dieser Mann muss gestoppt werden, bevor er die Welt ins Unglück stürzt.“ Um ein Einlenken Irans im Atomstreit zu erreichen, brauche die Weltgemeinschaft „von allem etwas: Militärischen Druck, Wirtschaftssanktionen, und wir müssen politisch auf einen Regimewechsel hinarbeiten“.

Auf die Frage nach einem möglichen Militärschlag gegen Iran sagte der israelische Politiker und ehemalige Sowjet-Dissident: „Wenn Ahmadinedschad den Weg des alles oder nichts geht – wie er sich ausdrückt – und die freie Welt nicht reagieren sollte, dann gibt es keinen Zweifel daran, dass Israel reagieren wird.“

Die Bundesregierung forderte Sharansky auf, einen Besuch Ahmadinedschads zur Fußball-WM in Deutschland zu verhindern: „Ich erwarte von der deutschen Regierung, dass sie ihm klar sagt, dass er nicht erwünscht ist. Es gibt kein Land auf der Erde, dass besser wissen sollte als Deutschland, wie gefährlich es ist, Hitler oder ähnliche Gestalten gewähren zu lassen.“

Den Vergleich Ahmadinedschads mit Hitler zog auch die neu gewählte Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch. „Für mich ist dieser Mann ein zweiter Hitler. Er leugnet den Holocaust. Das ist in Deutschland strafbar“, sagte Knobloch der Bild-Zeitung. Sollte Ahmadinedschad zur Fußball-WM in Deutschland anreisen, dürfe die Bundesregierung den Staatschef nicht mit diplomatischer Immunität schützen“, sagte sie. „Vielmehr sollten die Behörden gegen ihn ermitteln.“ Zuvor hatten bereits andere Vertreter der Jüdischen Gemeinde in Deutschland gedroht, Ahmadinedschad bei einem WM-Besuch mit einer Reihe von Strafanzeigen wegen Volksverhetzung zu überziehen.

#### **Jüdischer Weltkongress befasste sich mit Iran**

Der politische Rat des Jüdischen Weltkongresses (WJC) hat sich auf seiner Tagung in Berlin am 28. Juni unter anderem mit den antiisraelischen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad befasst.

Dem erst im Januar gebildeten politischen Rat gehören 25 Delegierte an, unter ihnen auch Nicht-Mitglieder des

WJC, die sich für jüdische Belange einsetzen. Unter den Teilnehmern waren außer dem WJC-Vorsitzenden, Rabbiner Israel Singer, auch der frühere Bundesaußenminister Joschka Fischer sowie die französische Politikerin und Auschwitz-Überlebende Simone Veil.

Der WJC ist der politische Dachverband von jüdischen Organisationen aus etwa 80 Ländern. Er wurde 1936 in Genf gegründet. Er setzt sich für die Belange der Juden in der ganzen Welt ein.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland bekräftigte anlässlich der Tagung seine Kritik am Umgang der deutschen Bundesregierung mit Vertretern der iranischen Regierung. Die Vorsitzende Knobloch sagte, sie sei überrascht gewesen, dass der Bundesinnenminister seinen iranischen Amtskollegen während der Fußball-Weltmeisterschaft nicht empfangen habe, der Außenminister aber sehr wohl. Wenn der Weg beschritten werde, den Iran international zu isolieren, dann sei das ein kleiner Fortschritt, sagte Knobloch, die zugleich Vizevorsitzende des Rates des JWC ist. Der Iran sei eine Gefahr für die ganze Welt.

Knobloch machte Iran für die gegenwärtig stark angespannte Lage im Nahen Osten verantwortlich. Sie sagte im Inforadio RBB, die Regierung in Teheran unterstütze seit Jahren die radikalislamische Hamas in ihrer Absicht, den Staat Israel auszulöschen. Vom Westen erwarte sie, „dass er Iran die rote Karte zeigt“. Sie plädierte für eine politische Isolierung Teherans als „Beginn eines richtigen Weges“. Wegen wirtschaftlicher Interessen sei im Westen „natürlich eine Zurückhaltung vorhanden“, aber das sollte überdacht werden, „da ja Iran auch uns, den Westen, sehr dringend benötigt, und ich glaube, da hat man auch Ansatzpunkte.“

WJC-Vorsitzender Singer, der aus den USA stammt, bezeichnete es als erschreckend, dass ein Staatschef noch heute eine solche Sprache spreche. Die Äußerungen Ahmadinedschads seien nicht allein ein Problem für Juden, sondern für jeden Menschen.

Auch der Historiker Julius Schoeps warf der deutschen Gesellschaft vor, den antisemitischen Äußerungen Ahmadinedschads nicht engagiert genug entgegenzutreten. In der Netzeitung vom 28. Juni sagte der Direktor des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-



jüdische Studien an der Universität Potsdam, Wirtschaftsinteressen seien offenbar dafür verantwortlich, das die Deutschen den Äußerungen Ahmadinedschads nicht schärfer entgegen träten.

Die Haltung des Westens gegenüber der iranischen Regierung sei „eine Form von Appeasementpolitik“ (Beschwichtigungspolitik). Die Haltung der Bundesregierung sei nicht akzeptabel. Er wünschte sich vielmehr eine klare Stellungnahme. Die habe es bisher nicht gegeben, kritisierte Schoeps.

#### **Eklat um Staatsanwalt Mortazawi**

Die kanadische Regierung forderte nach eigenen Angaben die Bundesregierung Deutschland auf, den iranischen Staatsanwalts Saied Mortazawi zu verhaften. Zur Begründung verwies der kanadische Ministerpräsident Stephen Harper am 23. Juni in Radio Canada auf Mortazawis Verwicklung in den Tod der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi. Das kanadische Außenministerium habe den Antrag mit einem mutmaßlichen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ begründet, fügte Harper hinzu. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte am 25. Juni, es lägen weder ein Haftbefehl noch ein Auslieferungsbegehren der kanadischen Regierung vor.

Kanada hatte sich „entrüstet“ darüber gezeigt, dass Mortazawi als Mitglied der iranischen Delegation an der ersten Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf teilgenommen hatte. Die Journalistin Kazemi war am 23. Juni 2003 in Teheran festgenommen worden, weil sie vor dem Teheraner Gefängnis Evin Fotos gemacht hatte. Etwa drei Wochen später wurde sie tot aufgefunden. Wie sich herausstellte, war sie an Hirnblutungen infolge von Schlägen auf den Schädel gestorben. Die kanadische Regierung wirft Mortazawi vor, die Festnahme der Journalistin angeordnet und anschließend Dokumente gefälscht zu haben, um „seine Verwicklung in diese Affäre zu verschleiern“.

Der Antrag sei an die Bundesregierung gerichtet worden, weil Mortazawi auf dem Rückweg nach Teheran in Frankfurt zwischenlande, sagte ein Sprecher des kanadischen Außenministeriums. Er wollte nicht erläutern, warum die Schweizer Behörden nicht um Aushilfe gebeten wurden.

Laut AFP konnte die Sprecherin des Bundesjustizministeriums den Flug über Deutschland nicht bestätigen. Die Reisepläne der iranischen Seite seien nicht mit Berlin abgestimmt gewesen. Außenamtssprecher Martin Jäger sagte am 23. Juni, es sei damit zu rechnen, dass Mortazawi im Transit über Frankfurt fliegen werde. Ob er dies bereits getan habe oder noch tun werde oder einen anderen Weg wählen werde, sei dem Auswärtigen Amt nicht bekannt.

Die kanadische Regierung hat Iran die Eröffnung von Konsulaten in ihrem Land untersagt. Teheran unterhält eine Botschaft in Ottawa, die Mitarbeiter müssen vor jedem Treffen mit Regierungsvertretern eine offizielle Erlaubnis einholen. Die diplomatischen Beziehungen beider Länder beschränken sich auf die Themen Menschenrechte und Atom sowie den Fall Kazemi.

Irans Außenminister Manuchehr Mottaki bezeichnete den Haftantrag der kanadischen Regierung als „unlogisch und rechtlich unbegründet“. „Nach unserer Auffassung steht es einem Staat, der noch mit den Wurzeln des britischen Kolonialismus verwachsen ist, nicht zu, sich so unlogisch und rechtlich unbegründet zu äußern und zu erwarten, dass man ihm zuhört“, sagte Mottaki. Er habe letztes Jahr dem kanadischen Außenminister gesagt, „Kanada sollte die eigenen Grenzen kennen und darauf achten, mit welchem Land es spricht. Kanada hat demnach die Botschaft der Islamischen Republik erhalten. Es ist deshalb anzunehmen, dass mit dem starken und aktiven Auftreten Irans auf der internationalen Bühne solche bodenlose Stellungnahmen auch in Zukunft geäußert werden.“

Dem Staatsanwalt Mortazawi wird nicht nur der Mord an Kazemi vorgeworfen, er war bereits vor Jahren als Richter durch sein brutales Vorgehen gegen die liberale Presse und kritische Journalisten zu Berühmtheit gelangt. Er gilt als einer der härtesten Widersacher des demokratischen und liberalen Denkens. Gerüchte besagen, dass er demnächst zum Justizminister ernannt werden soll.

Die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen begrüßte die Initiative der kanadischen Regierung und forderte die UN-Menschenrechtskommission auf, zu erklären, warum jemand wie Mortazawi an der Gründungssitzung dieser Kommission



am 19. Juni in Genf habe teilnehmen dürfen. Iran hatte sich vergeblich bemüht, als eines der 47 Mitgliedsstaaten in die Kommission gewählt zu werden, darf aber eine Beobachterdelegation zu den Sitzungen des Gremiums schicken. Auch zahlreiche Gruppen der iranischen Auslandsopposition haben die Teilnahme Mortazwis kritisiert.

#### **Türkei will im Atomkonflikt vermitteln**

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat im Atomstreit mit Teheran ein Treffen der EU-Troika Deutschland, Frankreich, Großbritannien und iranischen Unterhändlern in seinem Land angeregt. Er unterbreitete diesen Vorschlag in einem Telefongespräch mit dem iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad, wie sein Presseamt am 23. Juni mitteilte.

Erdogan telefonierte nach einem Anruf des britischen Premierministers Tony Blair mit Ahmadinedschad, hieß es weiter. Blair habe sich für die türkischen Bemühungen zur Lösung der Krise bedankt und Ankara ermutigt, sich weiter zu engagieren. Erdogan habe dann Ahmadinedschad gesagt, dass der Konflikt um Urananreicherung mit diplomatischen Mitteln gelöst werden müsse. Er werde Außenminister Abdullah Gül mit einer „wichtigen Botschaft“ am folgenden Tag nach Teheran entsenden. Ahmadinedschad habe versichert, die Botschaft gründlich zu prüfen. Aus diplomatischen Kreisen in Ankara verlautete, Gül überbringe eine Botschaft der Türkei und sei in diesem Fall kein Mittler zwischen EU, USA und Iran.

Gül erklärte vor seinem Abflug nach Teheran am 25. Juni, sein Land sei bemüht, im Atomkonflikt eine diplomatische Lösung zu finden, um einer weiteren Eskalierung des Streits Einhalt zu gebieten. Es gebe zahlreiche Gründe, die auf einen positiven Ausgang des Konflikts hoffen ließen. In diesem Zusammenhang werde es in den kommenden Tagen wichtige Treffen geben. Gül forderte sowohl Iran als auch den Westen auf, mit dem Atomkonflikt „verantwortlich und vernünftig“ umzugehen. Er hatte vier Tage zuvor mit seinem iranischen Amtskollegen Mottaki am Rande der Konferenz Islamischer Staaten in Baku gesprochen. Nach Berichten der türkischen Presse wird Gül demnächst nach Washington fliegen. Politische Beobachter meinten, er werde eine Botschaft aus Teheran mitnehmen.

#### **Ahmadinedschad plant Irak-Reise**

Wie die halbamtliche Nachrichtenagentur Fars am 26. Juni berichtete, will Ahmadinedschad bald in den Irak reisen. Die Agentur beruft sich auf eine „informierte“, aber nicht näher genannte Quelle. Eine offizielle Bestätigung der Teheraner Regierung liegt bislang nicht vor. Sollte die Nachricht zutreffen, wäre dies in vieler Hinsicht eine wichtige Reise. Erstens wäre der Staatsbesuch die erste Irak-Reise eines iranischen Regierungschefs nach der Revolution von 1979. Zweitens wäre die Reise eine Provokation für die amerikanische Besatzungsmacht. Drittens würde sie sicherlich zur Stärkung der Position Irans im Irak beitragen. Der Agentur Fars zufolge will Ahmadinedschad nicht nur mit der irakischen Führung, sondern auch mit führenden Schiiten zusammentreffen und religiöse Stätten besuchen.

#### **Gefängnisstrafen für 46 Iraner im Irak**

Ein irakisches Gericht in der Stadt Al-Kut hat 46 Iraner wegen illegalen Grenzübertritts zu jeweils sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Wie am 19. Juni aus Justizkreisen in der 170 Kilometer südöstlich von Bagdad gelegenen Stadt bekannt wurde, handelt es sich bei den Verurteilten zum Teil um Pilger. Seit dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein strömen jedes Jahr Hunderttausende Pilger aus Iran zu den Heiligtümern in Nadschaf, Kerbela, Kufa und Samarra.